Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
## Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

14.04.1970 - 39. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

# Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte


## 39. Sitzung

**am Mittwoch, dem 15. April 1970**

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Ernst, Götze, Grantz, Hinz, Hübenthal, Gisela Müller-Wolff.

## INHALT


Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung . . 2179

Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung . 2179

**Fragestunde** . . . . . 2180

**Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 3. März 1970:**
**Gesetz über die Aufhebung des Gesetzes über die Entgegennahme und Aufnahme von eidesstattlichen Erklärungen durch die für das Flüchtlingswesen zuständigen Behörden (Drucksachenabteilung I Nr. 99)**
**2. Lesung** . . . . . 2182

**Bericht Nr. 11 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 20)** . . . . . 2182

**Bericht Nr. 12 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 21)** . . . . . 2182

**Bericht Nr. 13 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 22)** . . . . . 2182

**Bericht Nr. 14 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 23)** . . . . . 2182

**Wahl eines Mitglieds der Deputation für Justiz und Gefängniswesen** . . . . . 2183

**Antrag: Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes (Herabsetzung der Altersgrenze für Beamte im gehobenen Justizvollzugsdienst) (Drucksachenabteilung II Nr. 337)**
**2. Lesung** . . . . . 2183

**Antrag: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof (Drucksachenabteilung II Nr. 347)**
**1. Lesung** . . . . . 2183

**Antrag: Gründung einer Universität in Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 349)**
Abg. Schepers (CDU) . . . . . 2184
Abg. Stäcker (SPD) . . . . . 2184
Abg. John (FDP) . . . . . 2185
Abg. Dr. Sieling (CDU) . . . . . 2185

## Präsidium

Präsident **Engel** Vizepräsident **Dr. Zander**

Schriftführer Ella **Müller**

## Am Senatstisch

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr **Dr. Borttscheller** (FDP)

Senator für Justiz und Verfassung und für kirchliche Angelegenheiten **Dr. Graf** (FDP)

Senator für das Bildungswesen **Thape** (SPD)

Senator für Inneres **Löbert** (SPD)

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen **Jantzen** (SPD)

Präsident des Rechnungshofs **Hartmann**

Senatsdirektor **Kreuser** (Senator für das Bildungswesen)

Leitender Baudirektor **Tippel** (Senator für das Bauwesen)

Präsident Engel eröffnet die Sitzung um 10.02 Uhr.

**Präsident Engel:** Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Meine Damen und Herren, wir stehen heute unter kolossaler Lichteinwirkung. Seien Sie dieserhalb nicht ungehalten. Es liegt einfach daran, daß heute zum ersten Mal in Farbe aufgenommen wird.

(Heiterkeit und Zurufe)

Darf ich um Ruhe bitten!

Die vorliegenden Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen:

**I. Eingang nach § 21 der Geschäftsordnung:**

Anfrage des Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion: Schulversuche im Lande Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 348)

Der Senat wird um Auskunft ersucht:

Ist der Senat bereit, entsprechend den inzwischen gebildeten Planungsgruppen für Schulversuche mit integrierten Gesamtschulen nunmehr auch eine Planungsgruppe aus Lehrkräften der Haupt- und Realschulen sowie der Gymnasien einzusetzen mit dem Auftrag, an einigen dieser Schulzweige konkurrierende Schulversuche zu den bereits eingeleiteten bzw. in Vorbereitung befindlichen Versuchen mit der integrierten Gesamtschule vorzubereiten, die personell und materiell gleich gut auszustatten sind wie die Schulversuche mit der integrierten Gesamtschule, damit auf diese Weise in den kommenden Jahren ein laufender, wissenschaftlich fundierter und damit objektiver Vergleich der gewonnenen Ergebnisse in beiden Schulsystemen sichergestellt wird?

Falls ja, wann ist mit dem Anlaufen der ersten konkurrierenden Schulversuche zu rechnen?

Falls nein, warum scheut sich der Senat vor einer solchen, objektiv vergleichbaren Gegenüberstellung der Ergebnisse von integrierten Gesamtschulen und gleich gut ausgerüsteten Schulzweigen unseres heutigen Schulsystems?

Um schriftliche Beantwortung wird gebeten."

Die Anfrage wurde bereits dem Senat zur Beantwortung zugeleitet. Sie kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

**II. Eingaben nach § 70 der Geschäftsordnung:**

Vorschläge der Vorstände des Marburger Bundes und des Bundesverbandes der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes zur Frage der **Besoldungsregelung für Ärzte im öffentlichen Gesundheitswesen.**

Stellungnahme der Deutschen Kommission für Ingenieurausbildung zu den 14 Thesen zur Vorbereitung eines **Hochschulrahmengesetzes.**

Schriften der **Bundesassistentenkonferenz** zu den Themen „Reform der Lehrkörper- und Personalstruktur und „Integrierte Lehrerausbildung." — Exemplare dieser Schriften sind den Mitgliedern der Deputation für Kunst und Wissenschaft gesondert zugestellt worden.

Der Freitagskreis der Evangelischen St.-Lukas-Gemeinde Bremen nimmt in einem Offenen Brief zu Fragen der **vorschulischen Erziehung** Stellung.

Stellungnahme des Verbandes Deutscher Diplom-Handelslehrer, Landesverband Bremen e. V., zum 10. Gesetz zur Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes und zur Änderung der **Verordnung über den Unterhaltszuschuß.**

Alle Eingänge können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Der Petitionsausschuß hat vier Berichte vorgelegt. Da die nächste Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) erst für den 27. Mai 1970 vorgesehen ist, bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß wir diese Berichte außerhalb der Tagesordnung nach Punkt 2 behandeln.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Die CDU-Fraktion hat ein Schreiben vorgelegt, in dem die Einberufung einer Sondersitzung der Bürgerschaft (Landtag) zum nächstmöglichen Termin beantragt wird. Einziger Punkt der Tagesordnung soll sein: Gründung einer Universität in Bremen.

Der Antrag ist von 26 Mitgliedern der CDU-Fraktion unterzeichnet. Ich stelle damit fest, daß er die erforderliche Unterstützung nach § 16 der Geschäftsordnung hat. Der Vorstand der Bürgerschaft wird vor der Beratung des letzten Punktes der heutigen Tagesordnung zusammentreten, um den Termin der Sondersitzung festzulegen.

Grundlage der Beratungen in der beantragten Sondersitzung soll ein Antrag sein, der von dem Abgeordneten Dr. Sieling und der CDU-Fraktion als Dringlichkeitsantrag zur heutigen Sitzung eingereicht worden ist.

Dieser Antrag ist unter der Drucksachenabteilung II Nr. 349 hektographiert an die Abgeordneten verteilt worden:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, in der von der CDU beantragten Sondersitzung der Bürgerschaft (Landtag) zu folgenden Punkten Stellung zu nehmen:

1. Hat der Senat die Gewähr für die Verfassungstreue sämtlicher Mitglieder des Gründungssenats der Universität in Bremen?
2. Hält der Senat Herrn Professor Dr. Rudolf Wiethölter als Mitglied des Gründungssenats der Universität in Bremen weiterhin für tragbar, obwohl dieser auf eine entsprechende Frage des Vorsitzenden der FDP-Bürgerschaftsfraktion es öffentlich abgelehnt hat, sich zum Grundgesetz und zur Bremischen Landesverfassung zu bekennen?
3. Wie beurteilt der Senat die veröffentlichten Ausführungen der studentischen Vertreter im Gründungssenat der Universität Bremen, wonach das Ziel ihrer „sozialistischen Politik" die „revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft" ist und sie die personellen und materiellen Voraussetzungen schaffen wollen, um „die Universität und die an ihr betriebene Wissenschaft in den Dienst der Interessen des Proletariats zu stellen?
4. Hält der Senat Personen, die solche verfassungswidrige Ziele verfolgen, für geeignet, weiterhin dem Gründungssenat anzugehören?
5. Wie gedenkt der Senat zu verhindern, daß die Mitfinanzierung der Bremer Universität durch Bund und Länder ernsthaft gefährdet wird, weil der begründete Verdacht besteht, in Bremen werde eine ideologisch gebundene Universität angestrebt, an der die Freiheit von Forschung und Lehre nicht gewährleistet ist?

Um dringliche Behandlung wird gebeten.

15. April 1970 Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Gemäß § 21 der Geschäftsordnung muß ich zunächst einen Beschluß über die dringliche Behandlung herbeiführen.

Soll die Dringlichkeit dieses Antrags begründet werden?

Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Herr Präsident hat soeben ausgeführt, daß die CDU-Fraktion beantragt habe, eine Sondersitzung zur Frage der Gründung einer Universität in Bremen einzuberufen. Da unsere Unterschriften ausreichen, eine solche Sondersitzung in die Wege zu leiten, ist es jetzt wichtig, daß die grundsätzlichen Fragen, die wir zwar nicht allein zur Grundlage dieser Sondersitzung gemacht sehen möchten, die aber im Laufe der Sondersitzung mit behandelt werden sollten, so, wie sie in dem Dringlichkeitsantrag aufgeführt worden sind, heute als dringlich akzeptiert werden, damit die Sondersitzung nicht dadurch hinausgeschoben wird, daß wir heute diese Dringlichkeit versagen.

Ich darf darauf verzichten, jeden Punkt einzeln vorzulesen. Der Antrag liegt Ihnen vor und ich bitte Sie, die Dringlichkeit für diesen Antrag zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Engel:** Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der dringlichen Behandlung des Antrags Nr. 349 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich werde den Antrag nach Punkt 5 der Tagesordnung zur Verhandlung stellen.

An unserer heutigen Sitzung nehmen als Zuhörer unter anderen teil zwei Klassen der Realschule Helgolander Straße, ein Lehrgang der Landespolizeischule, eine Klasse der Rembertischule und eine Klasse der Hauptschule Schaumburger Straße.

Ich darf sämtliche Zuhörer recht herzlich begrüßen.

(Beifall)

Wir freuen uns immer, wenn unsere Zuhörerbänke voll besetzt sind, und zwar ganz einfach aus dem Grund, weil wir immer wieder das Bestreben haben, die Arbeit der Bremischen Bürgerschaft möglichst transparent zu gestalten.

Vom Senat begrüße ich Herrn Bürgermeister Koschnick, Herrn Senator Dr. Borttscheller, Herrn Senator Dr. Graf, Herrn Senator Thape, Herrn Senator Jantzen, Herrn Senator Löbert.

Außerdem sind anwesend der Präsident des Rechnungshofs, Herr Hartmann, Herr Senatsdirektor Kreuser und Herr Leitender Baudirektor Tippel.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich mich einer angenehmen Pflicht entledigen, nämlich unserem Kollegen Herrn von Groeling-Müller zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen.

(Starker Beifall)

Nunmehr treten wir in die Tagesordnung ein.

## Fragestunde

Es ist eine Frage frist- und formgerecht eingereicht worden. Sie befaßt sich mit den Unterkünften von Gastarbeitern im Land Bremen. Die Frage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Fischer und CDU-Fraktion.

Ich bitte den Abgeordneten Fischer, die Frage zu stellen.

Abg. **Fischer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Ist die Frage der Vermietung unzulänglicher Unterkünfte an spanische Gastarbeiter in Bremen, Woltmershauser Straße 79, geklärt und dabei sichergestellt worden, daß Gastarbeiter im Lande Bremen künftig gegen wucherische oder überhöhte Mieten geschützt werden?

**Präsident Engel:** Würden Sie, Herr Senator Jantzen, die Frage beantworten!

**Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen Jantzen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

Die Unterkunft in der Woltmershauser Straße 79, die von den Arbeitnehmern erst zirka neun Monate nach der Arbeitsaufnahme bezogen wurde, ist vom Arbeitsamt nach Aufforderung durch den Senator für Arbeit überprüft worden. Zusammenfassend hat das Arbeitsamt hierüber folgendes berichtet:

1. Nach der Größe wie nach der Belegung und der Ausstattung mit Hausrat entspricht die Unterkunft den Vorschriften.

2. Sanitäre Anlagen und Kochmöglichkeiten sind ausreichend, die Ausstattung der Betten entspricht den Erfordernissen.

3. Dagegen entsprechen die Räume, was die allgemeine Sauberkeit der Wände, der Fußböden und sonstiger Einrichtung betrifft, nicht den Vorstellungen einer für Menschen bestimmten Unterkunft. Vom Milieu her wie auch von der Miethöhe ist diese Unterkunft insofern nicht angemessen. Es handelt sich eben um eine abbruchreife Wohnung, die völlig verwohnt ist. Außerdem ist ein großes Schaufenster zur Straße im unteren Teil zugenagelt, eine kümmerliche Tür aus rohem Holz gefertigt. Hier und da fehlen Fußbodenplatten. Am Tage der Besichtigung war die Zimmerwärme als ausreichend bezeichnet.

Zur Zeit wohnen dort noch vier Spanier. Zwei werden die Unterkunft bis zum 18. 4. 1970 wegen Ablauf des Jahresarbeitsvertrages verlassen und in privat angemietete Räume umziehen. Dem dritten und vierten Spanier wurden nach Angabe des Arbeitgebers gegenüber dem Arbeitsamt erneut nahegelegt, entweder aus dem Arbeitsvertrag vorzeitig auszuscheiden oder sich eine andere Unterkunft zu besorgen, wenn sie für diesen Arbeitgeber weiter tätig bleiben wollen.

Bei jedem an die Arbeitsämter gestellten Vermittlungs- und Arbeitsauftrag für ausländische Arbeitnehmer muß von den Arbeitgebern die Miethöhe einschließlich der Kosten für Beheizung, Beleuchtung und Ähnliches für die Unterbringung dieser Kräfte angegeben werden.

Dabei gibt es keine von der Bundesanstalt für Arbeit für die einzelnen Arbeitnehmer festgelegten Sätze. Sie müssen entsprechend der gebotenen Unterkunft angemessen sein. Vor der Anwerbung werden in jedem Falle Unterkünfte von dem zuständigen Arbeitsamt überprüft. Der Mietpreis für die Unterbringung ist Bestandteil des Arbeitsvertrages des ausländischen Arbeitnehmers und auch des Vermittlungsauftrages der Bundesanstalt. Weitere Sicherung der Kosten der Unterkünfte sind nur dann gegeben, wenn eine Firma mit Mitteln der Bundesanstalt Unterkünfte für ausländische Arbeitnehmer erstellt. Diese Unterkunftspreise werden im Einvernehmen mit der Arbeitsverwaltung unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit vereinbart.

Das ist die Antwort des Senats.

**Präsident Engel:** Herr Fischer, wollen Sie Zusatzfragen stellen? — Bitte!

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Senator, hat das Arbeitsamt entsprechend dem von Ihnen eben vorgelesenen Bericht vor Einzug der betreffenden Gastarbeiter in diese Unterkunft die Unterkunft überprüft und als für die Unterbringung von Gastarbeitern geeignet festgestellt?

**Präsident Engel:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Jantzen:** Bei der Anwerbung dieser spanischen Arbeitskräfte für diese Firma ist bei der Erstunterbringung am Hohentorshafen die damals angemeldete Unterkunft, die Bestandteil des Vermittlungsvertrages war, vom Arbeitsamt geprüft und als angemessen bezeichnet worden. Nach etwa neun Monaten ist in freier Vereinbarung zwischen den spanischen Arbeitskräften und dem Einzelarbeitgeber die neue Unterkunft an der Woltmershauser Straße 79 bezogen worden. Hier haben wir keine rechtliche Handhabe mehr von seiten des Arbeitsamtes, die in freier Vereinbarung angemieteten Wohnräume überprüfen und Maßnahmen einleiten zu lassen.

**Präsident Engel:** Eine weitere Frage? — Bitte, Herr Fischer!

Abg. **Fischer** (CDU): Bestehen seitens des Senats Bestrebungen, sicherzustellen, daß derartige Überprüfungen in Zukunft gegebenenfalls durch entsprechende Änderung der zur Zeit noch geltenden Bestimmungen ermöglicht werden?

**Präsident Engel:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Jantzen:** Herr Fischer, Sie wissen, daß das Arbeitsamt keine nachgeordnete Dienststelle des Senators für Arbeit ist, sondern eine Dieststelle der Bundesanstalt. Wir haben mit der Bundesanstalt aber Fühlung, doch es bestehen keine Möglichkeiten, im Rahmen der Anwerbevorschriften oder auf sonstige Weise eine Änderung zu erreichen. Die Arbeitsministerkonferenz hat sich daher in ihrer letzten Sitzung bemüht, gegenüber der Bundesanstalt klarzumachen, welche Probleme der Gastarbeiterbetreuung noch vorliegen.

**Präsident Engel:** Werden von anderen Abgeordneten Zusatzfragen gestellt?

Bitte, Herr Abgeordneter Stäcker!

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Senator, sehen Sie trotzdem Möglichkeiten, obwohl offensichtlich keine rechtliche Handhabe besteht, solchen Auswüchsen entgegenzuwirken?

**Präsident Engel:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Jantzen:** Herr Stäcker, ich kann Ihre Frage mit ja beantworten. Der Senator für Arbeit hat in Übereinstimmung mit der Deputation Gespräche mit dem Arbeitgeberverband in Bremen aufgenommen, um ein geeignetes Demonstrativobjekt für die Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte mit den nötigen Funktions- und Unterbringungsräumen durchzuführen. Bisher konnten sich — und das ist eine bedauerliche Feststellung — die Arbeitgeber nicht auf ein gemeinsames Objekt für die Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte einigen, so daß die Mittel, die bisher von der Bundesanstalt geflossen sind, zur Förderung einzelner Objekte bei einzelnen Unternehmen verwendet worden sind.

Ich vertrete die Auffassung, daß es sinnvoller wäre, hier eine zentrale Unterkunft zu schaffen. Um einen dringenden Bedarf im Bremer Osten zu decken, hat daher der Senator für das Gesundheitswesen dem Senator für Arbeit das am 1. 1. 1970 geräumte Krankenhaus in Hemelingen als Unterkunft für ausländische Arbeitnehmer mehrerer Firmen zur Verfügung gestellt.

(Zuruf des Abg. Dr. Cassens [CDU]:)

Ja, Herr Dr. Cassens, ich habe mit mir selbst darüber gesprochen, und es ging relativ schnell und einfach.

(Heiterkeit)

Ich möchte nur dabei feststellen, daß es ja nicht um eine Personenentscheidung, sondern um die Ent-

scheidung zweier senatorischer Dienststellen geht. — Wir haben hiermit erreicht, daß wir zumindest drei ostbremischen Firmen haben helfen können, indem wir das Krankenhaus wie das Schwesternwohnheim befristet für die Unterkunft ausländischer Arbeitnehmer zur Verfügung stellten, weil wir wissen, daß die Arbeitsmarktsituation es gebietet.

Ich sehe insbesondere in dieser Möglichkeit und in der vorhin von mir zitierten dritten Möglichkeit, Herr Stäcker, eine stärkere Einflußnahme auf angemessene Unterkunft und Preisgestaltung. Rechtlich bin ich nicht in der Lage, weitere Maßnahmen durchzuführen.

**Präsident Engel:** Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort der Abgeordnete Ströh.

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Senator, sind Sie nicht mit mir der Auffassung, daß, bevor diese Maßnahmen angelaufen sind, die Sie eben geschildert haben, es auch in der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers gelegen hätte, die angeworbenen Gastarbeiter menschenwürdig unterzubringen?

**Präsident Engel:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Jantzen:** Ich kann die von Ihnen gestellte Frage, Herr Ströh, ganz schlicht und einfach nur mit ja beantworten. Ich bin dieser Meinung!

**Präsident Engel:** Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

**Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 3. März 1970:**

**Gesetz über die Aufhebung des Gesetzes über die Entgegennnahme und Aufnahme von eidesstattlichen Erklärungen durch die für das Flüchtlingswesen zuständigen Behörden**
**(Drucksachenabteilung I Nr. 99)**

**2. Lesung**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 18. März 1970 das Gesetz in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur 2. Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Gesetz über die Aufhebung des Gesetzes über die Entgegennahme von eidesstattlichen Erklärungen durch die für das Flüchtlingswesen zuständigen Behörden in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

**Bericht Nr. 11 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 20)**

**Bericht Nr. 12 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 21)**

**Bericht Nr. 13 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 22)**

**Bericht Nr. 14 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 23)**

Aus Vereinfachungsgründen schlage ich Ihnen vor, daß wir die vier Berichte des Petitionsausschusses en bloc behandeln.

(Abg. Fichtner [NPD]: Herr Präsident, ich bitte um Einzelabstimmung über die einzelnen Berichte!)

Sie bitten um Einzelabstimmung! Ist in Ordnung! Damit ist meine Anregung bezüglich der geschlossenen Abstimmung hinfällig geworden.

Der Petitionsausschuß legt vier Berichte vor, die er in seinen Sitzungen am 9., 22. Januar und 27. Februar 1970 abschließend beraten hat.

Die Beratung ist eröffnet. — Bericht soll nicht erstattet werden. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die einzelnen Empfehlungen des Petitionsausschusses.

Ich lasse zuerst abstimmen über den Bericht Nummer 11 (Drucksachenabteilung III Nummer 20).

Wer den Empfehlungen des Petitionsausschusses zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD, CDU und FDP — Abg. Fichtner [NPD]: Ich bitte um die Gegenprobe!)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt mit Mehrheit die Empfehlungen des Petitionsausschusses.

Sie hatten die Gegenprobe gewünscht. Der Form halber Gegenprobe bitte!

(Dagegen NPD)

Das Ergebnis, das ich soeben festgestellt habe, ändert sich nicht.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Bericht Nummer 12 (Drucksachenabteilung III Nummer 21).

Wer diesen vom Petitionsausschuß vorgelegten Empfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD, CDU, FDP und die Abg. Krämer und Stern [NPD])

Vorsichtshalber: Wird Gegenprobe gewünscht?

(Abg. Fichtner [NPD]: Jawohl!)

Die Gegenprobe bitte!

(Dagegen Abg. Fichtner [NPD] — Abg. Fichtner [NPD]: Enthaltungen!)

Enthaltungen bitte!

(Abg. Brouwer und Abg. Marta Kruse [NPD])

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend der Empfehlungen des Petitionsausschusses.

Wir kommen zum Bericht Nummer 13 (Drucksachenabteilung III Nummer 22).

Wer diesen Empfehlungen des Petitionsausschusses zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend den Empfehlungen des Petitionsausschusses.

(Einstimmig)

Wir kommen zur Abstimmung über den Bericht Nummer 14 (Drucksachenabteilung III Nummer 23).

Wer diesen Empfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Wahl eines Mitglieds der Deputation für Justiz und Gefängniswesen**

Das Mitglied der Deputation für Justiz und Gefängniswesen, Herr Dr. Karl F r e y e , ist verstorben. Die vorschlagsberechtigte FDP-Fraktion hat für die Ersatzwahl Herrn Dr. Fritz H o b e l m a n n , Bremen, Lothringer Straße 11 a, vorgeschlagen.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Werden weitere Vorschläge gemacht?

Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß wir die Wahl gemäß § 58 der Geschäftsordnung per Akklamation vornehmen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wer Herrn Dr. Fritz Hobelmann in die Deputation für Justiz und Gefängniswesen wählen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

**Antrag: Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes (Herabsetzung der Altersgrenze für Beamte im gehobenen Justizvollzugsdienst) (Drucksachenabteilung II Nr. 337) 2. Lesung**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 18. März 1970 das Gesetz in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur 2. Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

**Antrag: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof (Drucksachenabteilung II Nr. 347) 1. Lesung**

Der vorliegende Antrag ist von allen vier Fraktionen unterzeichnet. Er liegt den Abgeordneten im Druck vor. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß ich auf eine Verlesung verzichte.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wir kommen nunmehr zur 1. Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Nunmehr, meine Damen und Herren, lege ich eine Pause von 30 Minuten ein. Wir treten wieder zusammen um 12 Uhr.

Ich bitte die Damen und Herren des Vorstands, sich ins Präsidentenzimmer zu begeben.

(Unterbrechung der Sitzung: 11.28 Uhr)

*

Präsident Engel eröffnet die Sitzung wieder um 12.00 Uhr.

**Präsident Engel:** Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

**Antrag: Gründung einer Universität in Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 349)**

Die dringliche Behandlung dieses Antrags hat die Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn dieser Sitzung beschlossen.

Der Antrag ist unterzeichnet von dem Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion. Er liegt den Abgeordneten hektographiert vor. Ich nehme an, daß ich auf eine Verlesung des umfangreichen Antrags verzichten kann.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Die Beratung ist eröffnet.

Zur Begründung des Antrags hat der Abgeordnete Schepers das Wort.

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ereignisse in den letzten vierzehn Tagen um den Gründungssenat, die Äußerungen und Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition über Mitglieder dieses neuen Gründungsausschusses — —

(Abg. Dr. Czichon [SPD]: Was heißt hier neu?)

Sie verstehen doch Deutsch, dann brauche ich es Ihnen doch nicht zu erläutern!

(Beifall bei der CDU)

Diese Ereignisse haben die CDU-Fraktion bewogen, am Montag, gestern und heute morgen

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sich einmal Gedanken zu machen!)

sich nicht nur ein paar Gedanken zu machen, Herr Böhrnsen, sondern festzustellen, daß die Befürchtungen der CDU nicht nur eingetroffen, sondern weit übertroffen sind. Wir mußten aus Pressemeldungen entnehmen und aus Interviews des FDP-Fraktionsvorsitzenden — die FDP ist ja Koalitionspartner von Ihnen und man kann davon ausgehen, daß Äußerungen eines Koalitionspartners in der Öffentlichkeit, in Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen von Gewichtigkeit sind — davon ausgehen, daß sie den Tatsachen entsprechen.

(Beifall bei der CDU — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Alles waren Fragen!)

Ja, ich will nicht hoffen, daß Sie damit über Ihren Fraktionsvorsitzenden ein Urteil fällen.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das war eine Frage, die er stellte!)

Dies hat uns bewogen, diesen Antrag zu stellen, weil wir der Auffassung sind, bevor dieser Gründungssenat weiterarbeitet, sollte der Senat uns hier einen Bericht geben, zunächst einmal im Hinblick auf die außerordentliche Sitzung, die wir beantragt haben, und bei dieser Sitzung unter anderem auch die folgenden Fragen beantworten und dazu Stellung nehmen:

Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich vielleicht jetzt die einzelnen Punkte vorlesen.

**Präsident Engel:** Ich bin Ihnen dafür dankbar! Dann ersparen Sie mir Arbeit.

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, ich freue mich, daß ich Ihnen einen Gefallen tun kann.

Erstens: Hat der Senat die Gewähr für die Verfassungstreue sämtlicher Mitglieder des Gründungssenats der Universität Bremen?

Zweitens: Hält der Senat Herrn Professor Dr. Rudolf Wiethölter als Mitglied des Gründungssenats der Universität in Bremen weiterhin für tragbar, obwohl dieser auf eine entsprechende Frage des Vorsitzenden der FDP-Bürgerschaftsfraktion es öffentlich abgelehnt hat, sich zum Grundgesetz und zur Bremischen Landesverfassung zu bekennnen?

Drittens: Wie beurteilt der Senat die veröffentlichten Ausführungen der studentischen Vertreter im Gründungssenat der Universität Bremen, wonach das Ziel ihrer „sozialistischen Politik" die „revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft" ist und sie die personellen und materiellen Voraussetzungen schaffen wollen, um die „Universität und die an ihr betriebene Wissenschaft in den Dienst der Interessen des Proletariats zu stellen"?

Viertens: Hält der Senat Personen, die solche verfassungswidrigen Ziele verfolgen, für geeignet, weiterhin dem Gründungssenat anzugehören?

Fünftens: Wie gedenkt der Senat zu verhindern, daß die Mitfinanzierung der Bremer Universität durch Bund und Länder ernsthaft gefährdet wird, weil der begründete Verdacht besteht, in Bremen werde eine ideologisch gebundene Universität angestrebt, an der die Freiheit von Forschung und Lehre nicht gewährleistet ist?

Wir wären dem Senat sehr dankbar, wenn er in der außerordentlichen Sitzung, wie wir beantragt haben, zu diesem Fragenkomplex Stellung nehmen würde.

(Zuruf von der SPD: Worauf Sie sich durchaus verlassen können!)

Ich freue mich sehr, daß dieses Haus, und vor allen Dingen die linke Seite dieses Hauses, diesen Fragen offensichtlich gern zustimmt.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sehr gern sogar!)

Ich darf Sie deshalb bitten, diesem Antrag zuzustimmen:

(Abg. Klemmer [SPD]: Denkste!)

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen, daß der Senat in der nächsten außerordentlichen Sitzung unter anderem zu diesem Fragenkomplex Stellung nimmt.

Wir sind in einiger Sorge um die Zukunft des bremischen Projekts Universität, und das hat uns bewogen, diesen Antrag zu stellen. Ich darf die Bürgerschaft bitten, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Engel:** Das Wort hat der Abgeordnete Stäcker.

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die von Herrn Schepers als Be-

gründung für den CDU-Antrag abgegebene Erklärung kennzeichnet die Unsicherheit der hinter der Entwicklung der Tatsachen herlaufenden CDU-Fraktion.

(Abg. Klein [CDU]: Na?)

Die SPD-Fraktion stimmt dem Antrag auf eine Sondersitzung der Bürgerschaft zu. Sie erklärt jedoch eindeutig, daß mit dieser Zustimmung keine Identifizierung mit den diffamierenden Fragen erfolgt und weist diese als beleidigende Äußerungen und Unterstellungen zurück.

(Widerspruch bei der CDU — Beifall bei der SPD — Glocke)

**Präsident Engel:** Herr Stäcker, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Klein zu beantworten?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Abg. **Stäcker** (SPD): Nein! — Die SPD-Fraktion erwartet, daß in dieser Sondersitzung generell über die Universitätsgründung gesprochen wird. Auch auf die Fragen, die hier von der CDU vorgelegt wurden, wird in dieser Sondersitzung eine angemessene Antwort erfolgen.

Die SPD-Fraktion lehnt diesen Dringlichkeitsantrag wegen seiner Form ab.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Und Inhalt! — Beifall bei der SPD)

**Präsident Engel:** Das Wort hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte von dieser Stelle aus mich nicht in die Dinge inhaltlicher Art einlassen, die in den letzten Wochen zu den Kontroversen geführt haben.

(Abg. Ströh [SPD]: Das würde ich auch nicht tun!)

Herr Kollege, ich werde heute ausnahmsweise nicht auf Zwischenrufe eingehen.

Die FDP-Fraktion, meine Damen und Herren, ist der Meinung, daß der punktuell gefaßte Antrag der CDU-Fraktion, und mag er noch so gut gemeint sein, der Situation nicht genügend entspricht.

Wir würden einen Änderungsantrag einbringen. Das ist aber geschäftsordnungsmäßig nicht möglich. Dieser Änderungsantrag kann deshalb nur ein Antrag für die Sondersitzung sein, der wir selbstverständlich zustimmen.

Er lautet: Der Senat möge der Bürgerschaft umfassend über die Entwicklung der Universität berichten. Dieser Antrag ist unterschrieben von mir und der FDP-Fraktion und von Herrn Böhrnsen und SPD-Fraktion.

Geschäftsordnungsmäßig ist er als Änderungsantrag zum Dringlichkeitsantrag, wie wir glaubten — darüber hat uns der Herr Präsident belehrt —, heute nicht einzubringen. Daran können wir nichts ändern. Wir meinen aber, daß es bei der schwierigen Materie zwingend notwendig ist, einen umfassenden Bericht des Senats zu bekommen.

Deshalb, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, bitte ich darum — ich glaube, auch Sie sind an einer umfassenden Information interessiert und nicht nur an einer punktuellen —, daß auch Sie diesem Verfahren zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Engel:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Nachdem sich die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion dagegen ausgesprochen haben, unseren Antrag zu unterstützen, müssen wir die Abstimmung über diesen Antrag vornehmen lassen. Im übrigen werden wir, da wir unsere Fragen und deren Beantwortung für dringend geboten halten, uns erlauben, dieselben Fragestellungen noch einmal in Form einer Anfrage an den Senat mit der Bitte um mündliche Beantwortung vorzubringen, um dann in der Sondersitzung eine Antwort auf unsere Fragen erhalten zu können.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Engel:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wer dem Antrag Drucksachenabteilung II Nr. 349 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Der Antrag ist abgelehnt.

(Dafür CDU und NPD)

Bevor ich die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) schließe, möchte ich Ihnen bekanntgeben, daß der Vorstand der Bürgerschaft als Termin für die von der CDU beantragte Sondersitzung Donnerstag, dem 23. April 1970, 14.30 Uhr, vorgesehen hat.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß durch diese meine Ausführungen der Vorschrift des § 17 der Geschäftsordnung entsprochen wurde, wonach der Präsident die Ladungen zu den Sitzungen der Bürgerschaft erläßt. Eine offizielle Tagesordnung wird allen Abgeordneten noch zugestellt.

Damit ist die Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) erschöpft.

Ich danke den Vertretern des Senats und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 12.13 Uhr)

Druck: Hans Krohn, Bremen